

Vorbemerkung der Redaktion

Der folgende Beitrag von Viviane Frank und Julia Mertens entstand aus der Kooperation von Politischem Lernen und dem gemeinnützigen Verein Ökonomie im Unterricht e.V., der zur Hans Trappen Stiftung in Bad Honnef gehört. Er wurde für die Sommerakademien 2017 und 2018 entwickelt, die am Ende der Sommerferien am Siebengebirgsgymnasium in Bad Honnef durchgeführt wurden.

Eigens für die jährlich abgehaltenen Sommerakademien entwickeln Fachleitungen und Lehrkräfte Materialien für die sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächer mit den Domänen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Sie sollen den Unterricht mit Ideen anregen und seine motivationalen, kommunikativen, sozialen und fachlichen Potenziale bereichern. Teilnehmende der Akademien sind Anwärterinnen und Anwärter für das Lehramt in den betreffenden Unterrichtsfächern des Regierungsbezirkes Köln.

Politisches Lernen veröffentlicht den Beitrag von Viviane Frank und Julia Mertens als ersten der im Kontext der Sommerakademien 2017 und 2018 entstandenen Basistexte und Materialien. Von den Materialien und Lösungen wird ein Teil in der Printausgabe veröffentlicht. Die weiteren Materialien und Lösungen werden demnächst auf der Webseite von Politisches Lernen (www.dvpb-nw/zeitschriften/politisches-lernen/) zugänglich sein.




Viviane Frank und Julia Mertens

Helpen öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), die Verantwortung für den Gemeinnutzen gerechter zu verteilen? – Das Wertequadrat als Methode

1. Öffentlich-private Partnerschaften als Instrument der Daseinsvorsorge

Eine der zentralen Aufgaben der öffentlichen Hand ist die Daseinsvorsorge, d.h. die Sicherstellung öffentlicher Grundbedürfnisse, wie z.B. die Versorgung mit Wasser, Energie, öffentlichen Verkehrsmitteln, Bildungs- und Kultureinrichtungen oder Wohnraum. Staatsverschuldung und Investitionsstau zwingen allerdings auch Deutschland dazu, Finanzierungs- und Kooperationsmöglichkeiten zu erproben, in denen private Partner eingebunden werden. Während es innenpolitisch vor allem um Investitionen in den Erhalt sowie den ökologischen Umbau bestehender Infrastrukturen geht, zielen außenpolitische Kooperationsmodelle auf den Aufbau und Ausbau der Daseinsvorsorge in Entwicklungs- und Schwellenländern.

ÖPP ist der Sammelbegriff für derartige Kooperationen, bei denen privat-gewerbliche, nicht-staatliche und staatliche Akteure

in gemischtwirtschaftlichen Unternehmen im Verbund Projekte erstellen. Oft gebräuchlich ist auch die englische Abkürzung PPP für Public-Private Partnership. Im Rahmen einer ÖPP bringen alle Partner diejenigen Ressourcen ein, über die sie verfügen und mit denen sie möglichst optimal arbeiten können, Personen, Strategien und finanzielle Mittel.

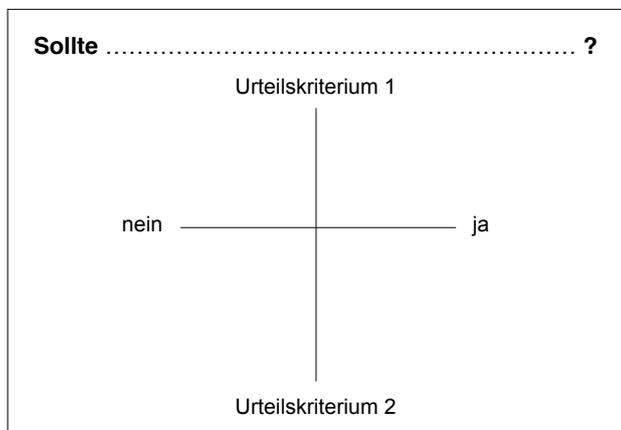
„Ziel von ÖPPs ist die Arbeitsteilung, wobei der private Partner die Verantwortung zur effizienten Erstellung der Leistung übernimmt, während die öffentliche Hand dafür Sorge trägt, dass *gemeinwohlorientierte* Ziele beachtet werden. [...] Vorhandene Projektrisiken [werden] entsprechend der *Risikomanagementkompetenz* der Projektpartner verteilt.“¹

¹ Wikipedia: Öffentlich-private Partnerschaft (https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-private_Partnerschaft; 1.11.2019)

An zwei Unterrichtsmodulen stellen wir dieses Finanzierungsinstrument vor, um den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu eröffnen, ÖPP kennen zu lernen und sie kritisch zu untersuchen bzw. zu hinterfragen.

2. Das Wertequadrat als Methode

Eine der Zielsetzungen gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts ist es, dass Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, auf der Grundlage von Sachkenntnissen zu kriteriengeleiteten Werturteilen zu kommen. Dabei ist es wichtig, dass diese Urteile durch den Unterricht immer wieder überdacht und ggf. revidiert werden bzw. revidiert werden können. Idealerweise werden Spannungsfelder innerhalb der gewählten Methode erfahr- und erkennbar.



Das Wertequadrat

Das Wertequadrat hilft Schülerinnen und Schülern bei ihrer Urteilsbildung, indem es sie dazu anleitet, Meinungen auf der Grundlage bestimmter Kriterien zu analysieren und einzuordnen und, darauf aufbauend, ihre eigene Ansicht über einen Sachverhalt oder ein Problem zu bilden. Es handelt sich hierbei um ein Koordinatensystem mit vier Quadranten. An den jeweiligen Polen werden gegensätzliche Wertmaßstäbe bzw. Handlungsoptionen festgehalten. Die Aufgabe besteht darin, in Kleingruppen verschiedene Expertenmeinungen in das Wertequadrat einzuordnen und damit eine Analyse des vorliegenden Meinungsspektrums vorzunehmen. Die Lösung sollte anschließend im Klassenverband besprochen werden. Hierbei stellt eine Kleingruppe ihre Ergebnisse vor und begründet die Einordnung der Meinungen im Wertequadrat. Die anderen Gruppen vergleichen die Meinung der vortragenden Kleingruppe mit ihrer eigenen Lösung. Es folgt eine Diskussion darüber, warum und wie bestimmte Ansichten positioniert wurden. Dies ermöglicht die Erkenntnis, dass eine Analyse bzw. die Bewertung einer Analyse nicht eindeutig ist und es keine „richtige“ oder „falsche“ Klassifikation der Ansichten im Wertequadrat gibt, solange kriteriengeleitet begründet werden kann.

Abschließend sollten alle Schülerinnen und Schüler dazu angehalten werden, zu einem eigenen (vorläufigen) Urteil zu kommen. Wichtig ist, dass sie hierbei das entscheidende Kriterium hervorheben, das sie zu ihrem Urteil geführt hat.

3. Didaktische Erläuterungen zum Unterrichtskonzept

Die hier vorgestellten Unterrichtsmodule sind für die gymnasiale Oberstufe konzipiert und können entweder als Einheit oder unabhängig voneinander unterrichtet werden.

Modul I bezieht sich auf die nationale Ebene und setzt sich mit der Frage auseinander, ob eine Schulfinanzierung durch eine ÖPP realisiert werden soll. Das Beispiel einer Schulfinanzierung durch eine ÖPP wurde gewählt, um einen lebensweltlichen Bezug zu den Schülerinnen und Schülern herzustellen. Fast 40% aller ÖPP-Projekte in Deutschland werden im Bildungsbereich durchgeführt². Die Schülerinnen und Schüler analysieren verschiedene Stellungnahmen am kommunalpolitischen Projekt direkt oder indirekt beteiligter, imaginärer Personen. Danach führen sie exemplarisch Berechnungen durch, um zu einem Urteil zu kommen. Dabei besteht auch die Möglichkeit, auf neue Entwicklungen während der Projektphase, wie etwa die Insolvenz des ÖPP-Partners, Bezug zu nehmen.

Modul II fokussiert die internationale Ebene, indem die Schülerinnen und Schüler ein Urteil darüber fällen, welches entwicklungspolitische Projekt von der Bundesregierung gefördert werden soll. Bei der Auswahl der Projekte wurde sowohl ein Global Player als auch ein mittelständisches Unternehmen berücksichtigt, um die Vielfältigkeit der möglichen Beteiligten an ÖPP auch als entwicklungspolitische Maßnahme zu unterstreichen.

Beide Module zielen auf eine kriteriengeleitete Urteilsbildung ab. Die Schülerinnen und Schüler analysieren und hierarchisieren Stellungnahmen/Projektprofile und setzen diese in einen Bezug zu Berechnungen/globalen Standards.

Die Struktur von *Modul I* und *Modul II* lässt sich ohne Einschränkung mit aktuellen kommunal- oder entwicklungspolitischen Inhalten füllen. Auf der Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) können beispielsweise in der ÖPP-Projektdateibank aktuelle regionale Projekte gesucht werden. Analog sind aktuelle globale Projektpartnerschaften auf der Seite des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu finden. Somit ergibt sich die Möglichkeit, lerngruppenadäquate Unterrichtssituationen zu initiieren, da die Projekte entsprechend der Lernvoraussetzungen und -interessen ausgewählt werden können. Gleichzeitig bietet *Modul I* die Möglichkeit, neben der Beurteilung der Interessen der verschiedenen Akteure eine Quantifizierung der Konsequenzen durchzuführen. *Modul II* bietet statt der Rechenoperationen die Berücksichtigung internationaler Leitlinien bei der Urteilsfindung. Beide Module bieten dadurch ein großes Potenzial zur Binnendifferenzierung.

² Partnerschaft Deutschland: PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH (www.pd-g.de/unsere-beratungsangebote/oepp-informationen/oepp-im-fokus/schulen/; 1.11.2019)

4. Didaktische Erläuterungen zu den Unterrichtsmaterialien

4.1 Modul I: Soll die Schule X durch eine ÖPP finanziert werden? (M1-M4)

Positionen von Expertinnen und Experten zur ÖPP (M1, M2)

Der Name und die Schulform der Schule sind bewusst offen gehalten, damit die Lehrperson die Möglichkeit hat, ein Schulprojekt aus unmittelbarer Umgebung auszuwählen. Die Namen der Personen und ihre Zuordnung zu Parteien und weiteren Organisationen sind fiktiv (M1).

Die Schülerinnen und Schüler analysieren kriteriengeleitet Positionen zu der Frage, ob eine Finanzierung und Realisierung der Schule X durch eine ÖPP sinnvoll ist.

Sie bestimmen zunächst, ob der jeweilige Experte oder die jeweilige Expertin für oder gegen ein solches Vorhaben ist. Je nach Eindeutigkeit der Aussage weisen sie der jeweiligen Meinung eine entsprechende Position entlang der horizontalen Achse des Wertequadrates (M2) zu: entweder weiter links in Richtung „nein“ – eine solche Realisierung wäre nicht sinnvoll – oder rechts in Richtung „ja“ – eine solche Realisierung wäre sehr sinnvoll.

Im Anschluss an diese Analyse der Handlungsoptionen folgt eine Analyse, wie die Experten bzw. Expertinnen ihre Meinungen begründen, ob also eher die Gewinnmaximierung als Grundlage der verschiedenen Ansichten gesehen wird oder der Gemeinnutzen. Je weiter außen diese Meinungsziffer auf der vertikalen Achse positioniert wird, desto priorisierter schätzen die Schülerinnen und Schüler die jeweilige Meinung ein.

Als binnendifferenzierte (Zusatz) Aufgabe können sie auch weitere Meinungen für die vier Quadranten formulieren. Zusätzlich können bei einer geübteren Gruppe anhand der vorgegebenen Meinungen der Expertinnen und Experten die Wertmaßstäbe durch sie selbst herausgearbeitet werden.

Berechnungen (M3, M4)

Im Anschluss an die Analyse der Positionen der Expertinnen und Experten folgt eine Vertiefung, in der exemplarisch beide Optionen durchgerechnet werden sollen: eine Schulrealisierung durch die Stadtpolitik und durch eine ÖPP (M3). Die Zahlen wurden bewusst so gewählt, dass der Unterschied zwischen einer Selbstrealisierung durch die Stadt und einer Realisierung durch die ÖPP erst einmal gering erscheint. In einem zweiten Schritt (M4) werden neue, unerwartete, aber durchaus mögliche Szenarien präsentiert (Bodenkontamination, Zinssteigerung, Insolvenz des ÖPP-Partners), anhand derer die Schülerinnen und Schüler mögliche Risiken für beide Seiten abwägen sollen. Hier könnte die Lehrperson auch neue Informationen durch Kenntnis eines Schulprojektes aus ihrer Nähe einbringen. Abschließend sollen die Schülerinnen und Schüler mit Bezug auf die Szenarien und die Kriterien der Gewinnmaximierung und des Gemeinwohls zu einem eigenständigen und begründeten Werturteil kommen, ob die Schule durch die Stadt oder durch eine ÖPP finanziert werden sollte.

4.2 Modul II: Soll sich Deutschland im Rahmen von developPPP für das Entwicklungsprojekt 1 oder 2 entscheiden? (M1-M7)

Die Schülerinnen und Schüler versetzen sich in die Rolle einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), in der sie sich kriteriengeleitet für ein durch eine ÖPP finanziertes Entwicklungshilfeprojekt entscheiden müssen (M1). Die Herausforderung für sie besteht darin, dass sie sowohl die divergierenden Interessen der Bundesrepublik – globale Verantwortung und Solidarität einerseits und die nationalen wirtschaftlichen Interessen andererseits – in ihrer Entscheidung berücksichtigen als auch die Interessen und Konsequenzen für alle beteiligten Akteure miteinander in Einklang bringen müssen.

Dazu erhalten sie zu Beginn Informationen zu den einzelnen Projekten: (M2, M3, M4). In M2 wird das ÖPP-Programm der Bundesrepublik vorgestellt. Hier erhalten sie erneut Hinweise auf die unterschiedlichen Interessen Deutschlands, die sie bei ihrer Entscheidung für ein Projekt berücksichtigen bzw. integrieren müssen. Die beiden Projekte M3 und M4 sind bewusst so dargestellt, dass sie augenscheinlich sehr viele positive Konsequenzen für die Betroffenen in den Entwicklungsländern anstoßen. Die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Unternehmen werden erst einmal zurückgestellt. Das ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, sich möglichst unvoreingenommen mit den Projekten an sich auseinander zu setzen und zu überprüfen, inwieweit z.B. die von der UN formulierten Nachhaltigkeitsziele M5 in den jeweiligen Projekten umgesetzt werden oder inwieweit die Projekte den im Aktionsplan von Addis Abeba M6 geforderten Kriterien entsprechen. Mit den beiden letztgenannten Materialien erhalten sie zusätzlich zu den notwendigen Projekt-Informationen mehr oder weniger konkrete Urteilkriterien, aus denen sie die ihnen für ihre Rolle am wichtigsten erscheinenden Kriterien auswählen können. Das Wertequadrat M7 soll als Instrument dienen, die erarbeiteten Argumente zu strukturieren und auf Grundlage der visuellen Einordnung eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

Der Fokus des Materials liegt also auf der Erarbeitung der Urteilkriterien, die der endgültigen Entscheidung für Projekt 1 oder 2 zugrunde liegen sollen. Das Unterrichtsetting ist so aufgebaut, dass die Schülerinnen und Schüler selbst entscheiden können, in welcher Tiefe sie die einzelnen Materialien durchdringen. Insofern ist ein binnendifferenzierendes Arbeiten möglich. Die kleinschrittigen Arbeitsaufträge in der Rollenkarte ermöglichen es vor allem leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern, die Aufgabe zu bewältigen. Gleichzeitig besteht für leistungsstärkere die Herausforderung, „zwischen den Zeilen zu lesen“, da nicht alle Texte eindeutig sind. So konkretisiert beispielsweise die Resolution von Addis Abeba M6 nicht, wie genau die Risiken und der Ertrag gerecht geteilt werden können. Hier können die Leistungsstärkeren zeigen, dass sie die Grenzen einer solchen Resolution und damit auch die Konsequenzen für ihre Entscheidung erkennen. Auch sollten auf jeden Fall im Unterrichtsgespräch die Interessen der deutschen Wirtschafts-

partner diskutiert und kritisch beleuchtet werden. Gleichzeitig muss aber in der Diskussion verdeutlicht werden, dass es, was auch aus der Resolution von Addis Abeba hervorgeht, bei der Vergabe von ÖPP-Projekten zur Finanzierung der Daseinsvorsorge national als auch global, an Transparenz bei den Vergabekriterien fehlt und dass an dieser Stelle sicherlich noch Handlungsbedarf besteht, z.B. bei der Konkretisierung und Überprüfbarkeit von Vergabekriterien.

5. Literatur

Mattert, Jana / Valentukeviciute, Laura / Waßmuth, Carl (2017): Gemeinwohl als Zukunftsaufgabe: Öffentliche Infrastrukturen zwischen Daseinsvorsorge und Finanzmärkten. Berlin
 Vankan, Leon / Rohwer, Gertrude / Schuler, Stephan (2013): Diercke Methoden 1. Denken lernen mit Geographie. 5. Auflage, Braunschweig, S.139-157

6. Übersicht über die Materialien

Modul I	Soll die Schule X durch eine ÖPP finanziert werden?
M1	Positionen von Expertinnen und Experten zur ÖPP
M2	Das Wertequadrat
M3	Schule X – verwirklicht als „öffentlich-private Partnerschaft“?!?
M4	Ereignisse nach der Entscheidung von Schule X
Modul II	Soll sich Deutschland im Rahmen von developPPP für das Entwicklungsprojekt 1 oder 2 entscheiden?
M1	Rollenkarte und Arbeitsaufträge
M2	Das Programm developPPP
M3	Projekt 1: The Wienco Rice Project
M4	Projekt 2: Mit Solarenergie zu sauberem Trinkwasser
M5	UN-Nachhaltigkeitsziele 2030
M6	Auszug aus der Aktionsagenda von Addis Abeba
M7	Wertequadrat

Die Materialien und Lösungen zu den Berechnungen bei Modul I sowie zu Modul II können von der Webseite von Politisches Lernen heruntergeladen werden (<https://dvpb-nw.de/zeitschriften/politisches-lernen/>)

7. Lösungen zu Modul I

zu M3 Schule X – verwirklicht als „öffentlich-private Partnerschaft“?!?

1. Umsetzung als ÖPP:

Zu überweisender Betrag: 1,66 Mio. €
 Der Betrag ergibt sich als Summe der Miete, Unterhaltsfixkosten und Renditeanspruch des Partners:
 → 1 Mio.€ Nettomiete + 0,16 Mio.€ Unterhalt + 0,5 Mio.€ Rendite

2. Selbstrealisierung durch die Stadt:

Jährliche Kosten insgesamt: 1,5975 Mio. €
 Der Betrag ergibt sich als Summe der Baukosten dividiert durch die erwartete Nutzungszeit, also der jährlichen Tilgung, den Sollzinsen und den Unterhaltsfixkosten:
 Jährliche Tilgung: $\frac{25 \text{ Mio. €}}{25 \text{ Jahre}} = 1 \text{ Mio. €}$
 Jährliche Zinsen: $\frac{25,2 \text{ Mio. €}}{2} \cdot 3,5\% = 0,4375 \text{ Mio. €}$
 → 1 Mio.€ Tilgung + 0,4375 Mio.€ Sollzinsen + 0,16 Mio.€ Unterhalt

zu M4 Ereignisse nach der Entscheidung von Schule X

1. Selbstrealisierung durch die Stadt (Bodenkontamination)

Jährliche Kosten insgesamt: 1,609 Mio. €
 Der Betrag ergibt sich als Summe der um die Beseitigungskosten der Kontamination erhöhten Baukosten dividiert durch die erwartete Nutzungszeit, also der jährlichen Tilgung, den Sollzinsen und den Unterhaltfixkosten:
 Jährliche Tilgung: $\frac{25,2 \text{ Mio. €}}{25 \text{ Jahre}} = 1,008 \text{ Mio. €}$
 Jährliche Zinsen: $\frac{25,2 \text{ Mio. €}}{2} \cdot 3,5\% = 0,441 \text{ Mio. €}$
 → 1,008 Mio.€ Tilgung + 0,441 Mio.€ Sollzinsen + 0,16 Mio.€ Unterhalt

2. Selbstrealisierung durch die Stadt (Zinsanstieg)

a) Sollzinsen nach Zinsanstieg: 0,625 Mio. €
 Jährliche Zinsen: $\frac{25,2 \text{ Mio. €}}{2} \cdot 5\% = 0,625 \text{ Mio. €}$
 b) Jährliche Kosten insgesamt: 1,785 Mio. €
 Der Betrag ergibt sich als Summe der Baukosten dividiert durch die erwartete Nutzungszeit, also der jährlichen Tilgung, den Sollzinsen und den Unterhaltsfixkosten:
 → 1 Mio. € Tilgung + 0,625 Mio. € Sollzinsen + 0,16 Mio.€ Unterhalt

3. Umsetzung als ÖPP

a) Beurteilen Sie die daraus folgenden Konsequenzen für die Stadt.

Die Stadt würde im Falle der Insolvenz des Partners das Bauvorhaben finalisieren müssen, da der Bedarf der Umsetzung des Vorhabens weiter besteht. Damit würde die Stadtkasse zumindest eine Vorfinanzierung sicherstellen müssen. Die Stadt würde in Folge dessen das Risiko tragen, im Rahmen des Insolvenzverfahrens nichts oder nur einen Bruchteil der verbleibenden Kosten aus der Insolvenzmasse ersetzt zu bekommen.

b) Beurteilen Sie unter Berücksichtigung der Ausgangssituation und (mindestens) der drei Szenarien, welches Verfahren (Umsetzung als ÖPP vs. Selbstrealisierung) Sie als entscheidende Instanz bei der Stadt bevorzugen würden.

Auf einen Lösungsvorschlag wird an dieser Stelle verzichtet, da die verschiedenen Nuancierungen der Antwortmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler in Abhängigkeit von politischer Überzeugung und persönlicher Risikoneigung als gleichwertig betrachtet werden sollten. Als entscheidend ist an dieser Stelle anzusehen, ob und in welchem Maße die erarbeiteten Sachargumente unter den Kriterien Gemeinnutzen und Gewinnmaximierung gewichtet beachtet werden.

Modul I: Soll die Schule X durch eine ÖPP finanziert werden?

M1 Positionen von Expertinnen und Experten zur ÖPP

1. Anton Schulze-Finkenbrink,

Handwerkskammer, Vizepräsident:

„Eine Finanzierung und Realisierung der Schule darf nicht als ÖPP-Großauftrag vergeben werden! Bei einer Finanzierung durch eine ÖPP muss die Stadt dem beauftragten Großunternehmen den gesamten Koordinationsaufwand und das Betriebsrisiko vergüten. Neben der langfristigen Bindung über 25 Jahre ist auch das Kostenrisiko durch Nachträge des ÖPP-Betreibers sehr hoch. Dies kommt zusätzlich zum bereits vorhandenen Kostenrisiko hinzu. So muss befürchtet werden, dass die angegebenen Gesamtkosten erheblich überschritten werden.“

2. Britta Fiedler, FDP:

„Unsere städtischen Haushalte sind aus vielen Gründen mit Risiken versehen. Wenn wir durch eine ÖPP das Zinsrisiko wie auch das Risiko, dass der Bau doch teurer wird, an den Bauträger abgeben, so ist dies im Sinne der Generationengerechtigkeit.“

3. Christina Wierling, Verwaltungsrechtlerin:

„Investitionsvorhaben sollen laut Bundeshaushaltsordnung (BHO) §7 Abs. 2 Satz 1 wirtschaftlich und sparsam realisiert werden.“

4. Dariusz Blascyk,

Zentralverband mittelständischer Unternehmen:

„Die Stadt hat vor einigen Jahren eine Vereinbarung zur Förderung des Mittelstandes sowie zur Beschäftigungssicherung und Sicherung von Ausbildungsplätzen in der mittelständigen Bauwirtschaft geschlossen. Damit ist die Umsetzung der Schulfinanzierung durch eine ÖPP mit diesen Grundsätzen nicht zu vereinbaren.“

5. Manuela Carcon,

Attac (Non-Governmental Organization, NGO):

„Die Verträge im Rahmen einer ÖPP sind und bleiben geheim. Dies ist bei Aufgaben der öffentlichen Hand mehr als grenzwertig – wo bleibt die gesamtgesellschaftliche Transparenz und Prüfung?“

6. Frank Beckmann, Stadtkämmerer:

„Eine Finanzierung durch eine ÖPP kann trotz knappen Haushaltsbudgets realisiert werden. Die Stadt zahlt eine feste Miete von 1,66 Mio. € p.a. Diese Summe ist fix und wird vertraglich festgehalten, so dass keine Nachverhandlungen möglich werden. Eine solche Investition wäre außerhalb unseres Haushaltssicherungskonzeptes.“

7. Gisela Miedler, DIE LINKE:

„Der ‚Partner‘ erwartet eine Rendite von 4%. 4%! 4% sind 500.000€! Das ist eine fünf mit fünf Nullen! Das zahlt der einfache Bürger!“

8. Hannah Zeisig, CDU Kreisverband:

„Machen wir uns nichts vor – ein Unternehmer arbeitet anders als die öffentliche Hand. Effizienzpotentiale werden besser erkannt und gehoben, und davon profitiert in letzter Konsequenz auch der Steuerzahler. So haben ÖPPs beispielsweise die Möglichkeit, auf hoch spezialisierte Expertise – auch international – zurückzugreifen.“

9. Inga Ahlberg, interessierte Bürgerin:

„Ich finde es sehr nachhaltig, dass die Stadt sich auf 25 Jahre bindet, denn so ist es für das Unternehmen günstig, hochwertig und damit *langfristig* günstiger zu bauen und zu wirtschaften; das ist gut für Konto *und* Umwelt.“

10. Jürgen Germig, lokaler Handwerksbetrieb:

„Eine Realisierung durch eine ÖPP geht an dem Mittelstand vorbei. Nur die Großunternehmen profitieren und benachteiligen die Handwerksbetriebe in der Region. Kleinunternehmen bekommen von der öffentlichen Hand damit „vor Ort“ deutlich weniger Aufträge.“

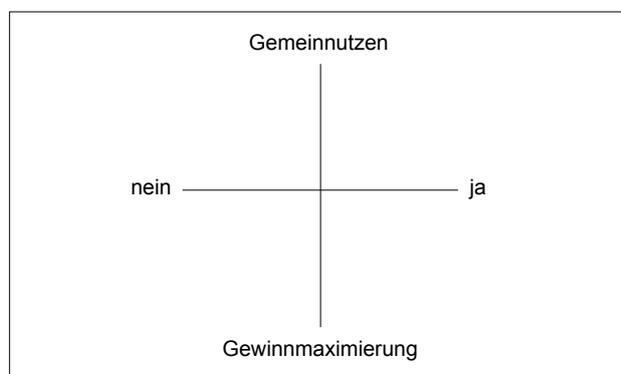
11. Karl Steffens, Insolvenzberater und Anwohner:

„Im Falle einer Insolvenz des Bauträgers bzw. verantwortlichen Unternehmens würde es zu massiven zeitlichen Verzögerungen des Baufortschrittes kommen. Damit würden unsere Kinder *noch* später eine neue Schule haben!“

12. Lambert Theben, interessierter Bürger:

„Ist doch super mit der ÖPP. Das Risiko der Insolvenz der durchführenden Unternehmen trägt der Projektträger oder die finanzierende Bank – endlich mal nicht ich als Bürger! Noch einen BER brauche ich nicht.“

M2 Das Wertequadrat



Arbeitsaufträge:

- Ordnen Sie die Positionen der Expertinnen und Experten (M1) in das Wertequadrat (M2) ein:
 - Entscheiden Sie zunächst, ob der Experte bzw. die Expertin für oder gegen eine Finanzierung und Realisierung der Schule X ist, und weisen Sie der Meinungsziffer eine Position auf der horizontalen Achse zu.
 - Entscheiden Sie jetzt, ob der Experte bzw. die Expertin eher die Gewinnmaximierung oder den Gemeinnutzen als Grundlage seiner bzw. ihrer Position sieht, und weisen Sie der Meinungsziffer eine Position auf der vertikalen Achse und damit in einem der Quadranten zu.
- Formulieren Sie, wenn möglich, jeweils zu jedem der Quadranten eine weitere Meinung, die diesem zugewiesen würde.

M3 Schule X – verwirklicht als „öffentlich-private Partnerschaft“?!

Gegeben sind die folgenden Daten und Szenarien:
Kosten Schule X 25 Mio. €

1. Umsetzung als ÖPP:

- Mietdauer: 25 Jahre (nach 25 Jahren geht das Gebäude in den Besitz der Stadt über)
- Erwartete Rendite¹: 4% p.a. (entspricht 0,5 Mio. € p.a.)
- Netto-Miete: 1 Mio. € p.a. (Fixum; keine Nachverhandlungen möglich)
- Unterhalt Gebäude: 160.000 € p.a. inkl. Material (für Dachdeckerarbeiten, Austausch zerstörter Scheiben, etc.); einschl. 2 Mitarbeiter

Berechnen Sie, wie viel die Stadt im Rahmen der ÖPP jährlich an den Partner bzw. die Partnerin zahlen muss.

Zu überweisender Betrag:

2. Selbstrealisierung durch Stadt:

- Erwartete Nutzungszeit²: 25 Jahre
- Erwartete Rendite: 0% p.a.
- Sollzinsen³: 3,5% à 0,4375 Mio. € p.a. (vereinfachter, ungefährender Richtwert)
- Unterhalt Gebäude: 160.000 € p.a.

Berechnen Sie, wie hoch die jährlichen Kosten der Stadt bei Eigenrealisierung wären.

Jährliche Kosten:

- 1 Gewinn, den das Unternehmen mit in seine Kalkulation als Kosten für die Stadt aufnimmt.
- 2 In dieser Zeit muss der Kredit durch die Stadt abgetragen worden sein. Dies nennt man auch *Tilgung*.
- 3 Als Grundwert werden 12,5 Mio. € angenommen, da die Kreditsumme mit der Zeit abnimmt und im Durchschnitt 12,5 Mio. € beträgt.

M4 Ereignisse nach der Entscheidung von Schule X

1. Selbstrealisierung durch die Stadt

Die Stadt entscheidet sich für eine Eigenrealisierung. Kurz nach Baubeginn wird eine Probe des Bodens genommen. Hier stellt sich heraus, dass insgesamt 400t Erde mit PAK (polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen) kontaminiert sind. Die Entsorgungskosten belaufen sich einschließlich der Füllung mit neuer Erde auf 200.000 €.

Arbeitsauftrag:

Berechnen Sie die jährlichen Kosten der Stadt unter Berücksichtigung der erhöhten Kreditkosten samt Tilgung, da nun die Gesamtkosten auf 25,2 Mio. € steigen.

Jährliche Kosten insgesamt:

2. Selbstrealisierung durch die Stadt:

Kurz vor Einweihung der neuen Schule haben sich die zinspolitischen Rahmenbedingungen signifikant verändert. Die EZB hat den Leitzins wegen euroweit gestiegener Inflation zügig um insgesamt 2,5%-Punkte erhöht. Die Hausbank der Stadt hat in Folge dessen den Kreditzins für die Stadt auf 5% erhöht¹. Die Konkurrenz ist leider noch teurer.

Arbeitsaufträge:

a) Berechnen Sie, wie hoch der zu zahlende Zinsbetrag nach der Zinsänderung wäre.

Sollzinsen nach Zinsanstieg:

b) Bestimmen Sie auf Basis der neuen Kreditkosten die jährlichen Gesamtkosten der Stadt unter den neuen Rahmenbedingungen.

Jährliche Kosten:

3. Umsetzung als ÖPP:

Der Partner der ÖPP meldet kurz nach dem Gießen der Bodenplatte Insolvenz an. Es verbleiben Baukosten in Höhe von 15 Mio. €.

Arbeitsaufträge:

- a) Beurteilen Sie die daraus folgenden Konsequenzen für die Stadt.
- b) Beurteilen Sie unter Berücksichtigung der Ausgangssituation und (mindestens) einem der drei Szenarien (M3), welches Verfahren (Umsetzung als ÖPP vs. Selbstrealisierung) Sie als entscheidende Instanz bei der Stadt bevorzugen würden.

1 Die Stadt als öffentlicher Kreditnehmer bekommt im Gegensatz zu Privatpersonen (Häuserbauer) Kredite mit weniger langfristiger Zinsbindung.

Julia Mertens ist Lehrerin am Gymnasium der Gemeinde Kreuzau für die Fächer Sozialwissenschaften und Englisch. Seit 2017 ist sie außerdem als Fachmoderatorin für die Fächer Wirtschaft-Politik und Sozialwissenschaften im Regierungsbezirk Köln tätig. Von 2009 bis 2018 hat sie im Rahmen der Sommerakademie des Vereins „Ökonomie im Unterricht“ in Bad Honnef Workshops für Referendarinnen und Referendare konzipiert und geleitet.
Kontakt: jkmertens@outlook.com

Viviane Frank ist Lehrerin am Lessing-Gymnasium Köln für die Fächer Sozialwissenschaften und Englisch. Seit Februar 2019 ist sie als abgeordnete Lehrerin an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn tätig. Seit 2013 ist sie bei der Sommerakademie des Vereins „Ökonomie im Unterricht“ in Bad Honnef aktiv.
Kontakt: vivianefrank@web.de